

Newsletter von
Gabriele Groneberg, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region



Berlin, 23. Juli 2013

www.gabriele-groneberg.de

Ausgabe 08 / 2013

*Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,*

Das „WIR“ gewinnt! Dies ist nicht nur eine Floskel, dies ist der Schlüssel zum Wahlerfolg. Wenn nicht wir alle, jede und jeder auf seine Art und Weise, helfen, werden WIR nicht gewinnen können.

Wir haben ein gutes Programm und wir haben ein gutes Team mit Peer an der Spitze – allen Unkenrufen zum Trotz.

Vor Ort müssen wir deutlich machen, dass es nicht nur der Spitzenkandidat ist, den man wählt, sondern eine Partei mit einer langen Tradition. Wir sind die soziale Komponente!

In diesem Newsletter findet Ihr wie immer Informationen rund um das Berliner Geschehen, aber auch zum Wahlkampf vor Ort. Die Wahlkampfleitung hat die Vorbereitungen getroffen. Wir werden den Schwerpunkt des Wahl-

kampfes vor Ort auf unsere Themen legen, die uns hier besonders interessieren:

- Gute Arbeit – fairer Lohn, Kampf gegen Leiharbeit, Werkverträge und Ausbeutung der Menschen. (Im übrigen: die SPD ist die Partei vor Ort gewesen, die seit 2004 auf diese Missstände aufmerksam macht, und wir sind an Maßnahmen zur Behebung in der großen Koalition immer wieder an CDU und FDP gescheitert!)
- eine Rente die nach einem langen Arbeitsleben auch zum Leben reicht,
- Gute Bildung, von Kindesbeinen an,
- Zeit für Familie und Beruf,
- ein Gesundheitssystem, welches auch im ländlichen Raum die Menschen nicht vergisst,
- beste Pflege im Alter,
- Umweltbedingungen, die auch bei uns stimmen und nicht nur auf das ständige Wachstum in der Landwirt-

schaft Rücksicht nimmt,

- gerechte Steuern und Kampf gegen Steuerbetrug.

Viele Fachpolitiker aus Berlin werden uns in unserem Wahlkampf unterstützen, darunter Klaus Wiese, Thomas Oppermann und Ulla Schmidt. Alle Termine findet Ihr laufend aktualisiert auf meiner Internetseite.

Die Themen für unsere Region werden wir auch in speziellen Handzetteln aufbereiten und Euch zur Verfügung stellen.

Also auf, überzeugen wir die Menschen und lassen wir uns auf gar keinen Fall durch irgendwelche Umfragen irritieren.

Herzliche Grüße

Eure Gabriele



Debatte zum Missbrauch von Werkverträgen in der Fleischindustrie

„Ich finde, es ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die gegen diese Verhältnisse auf die Straße gehen, die demonstrieren, dass hier im Bundestag nichts passiert.“

Ich persönlich bin sehr enttäuscht, dass es diese Missstände in der Fleischindustrie gibt, die alle Abgeordneten im Bundestag beklagen, und von Seiten der schwarz-gelben Koalition nichts passiert, um diese Missstände zu bekämpfen. Die SPD will einen fairen Wettbewerb, in dem sich Unternehmen mit anständigen Arbeitsbedingungen am Markt behaupten können.

Alles zur Debatte im Bundestag am 27. Juni 2013, das Protokoll meiner Rede und die Forderungen der SPD unter www.gabriele-groneberg.de.

Abgeordnetenbestechung

Schwarz-Gelb lehnt schärfere Strafverfolgung ab

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode

hend straflos. Auch die niedersächsischen Abgeordneten der schwarz-gelben Regierungsko-



eine letzten Anlauf unternommen, damit Deutschland ein Gesetz zur Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung bekommt. CDU/CSU und FDP ließen dieses so wichtige Gesetz scheitern. Damit bleibt die Abgeordnetenbestechung in Deutschland weiterhin weitge-

lition stimmten im Bundestag geschlossen gegen verschärfte Vorschriften.

Die Regierungskoalition hatte die Abstimmung über den SPD-Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung zunächst permanent durch Vertagung im Rechtsausschuss

verhindert. Mit Hilfe der Geschäftsordnung mussten wir sie in der letzten Sitzungswoche zur namentlichen Abstimmung im Plenum zwingen.

Aus meiner Sicht ist dies ein Skandal und schadet dem Ansehen Deutschlands in der

Welt. Deutschland ist eines der letzten Länder dieser Erde, das die UN-Konvention gegen Korruption noch nicht umgesetzt hat. Damit befinden wir uns in einer Reihe mit Staaten wie Nordkorea, Syrien und Saudi-Arabien.

Jakobskreuzkraut

Gefahr durch Unterlassung

Scheinbar sieht die Bundesregierung sich nicht dazu in der Pflicht, ihre eigenen Flächen sachgerecht zu bewirtschaften. Dies lässt ihre Antwort auf meine Anfrage zur Bekämpfung des Jakobskreuzkrauts vermuten.

Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort keine Erklärung dazu ab, wie sie ein Auswaschen des Jakobskreuzkrauts auf Bundesflächen und damit ein Übergreifen auf benachbarte Grundstücke verhindern will.

Ich erinnerte daran, dass vergangenes Jahr die Stadt Cloppenburg auf eigene Kosten Bundesflächen mähen lassen musste, um zu verhin-

dern, dass sich die giftige Pflanze auf benachbarten Wiesen und Feldern ausbreitet. Nun rechtfertigt die Bundesregierung ihre Untätigkeit damit, dass sie über die Situation vor Ort nicht informiert worden sei.

Angesichts dieser dürftigen Antwort habe ich die Bundesregierung aufgefordert, umgehend dafür zu sorgen, dass sich das für Weidetiere hochgiftige Jakobskreuzkraut auf bundeseigenen Flächen nicht unerwünscht ausbreitet.

Eine Forderung der Sozialdemokratie setzt sich durch

Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaft

Endlich hat der Deutsche Bundestag einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Anerkennung und Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe gemacht, eine Forderung der Sozialdemokraten schon seit mehreren Jahren.

Wir erkennen damit den gesellschaftlichen Wandel an und setzen den Diskriminierungen ein Ende. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat die schwarz-gelbe Koalition gezwungen, die eingetragenen Lebenspartnerschaften, in denen die Pflichten und Rechte annähernd vergleichbar mit denen in einer Ehe sind, steuerlich den Ehen gleichzustellen. Rückwirkend ab 2001 (seitdem sind eingetragene Partnerschaften möglich) können also die Paare Steuern erstattet bekommen.

Koalition hält an absurdem Adoptionsverbot fest

Eine völlige Gleichstellung mit der traditionellen Ehe ist mit der steuerlichen Gleichstellung jedoch nicht verbunden. Wegen der Verweigerungshaltung der schwarz-gelben Koalition

bleibt den eingetragene Lebenspartnerschaften weiterhin das Adoptionsrecht untersagt.

Wir Sozialdemokraten werden weiterhin die gesellschaftlichen Realitäten der letzten Jahrzehnte auch gesetzlich nachvollziehen. Es gibt tausende eingetragener Lebenspartnerschaften mit Kindern, in denen ein Partner, egal ob in einer Männer oder Frauenpartnerschaft, ein Kind oder auch mehrere Kinder in die Beziehung einbrachte. Hier kann sukzessive auch der Partner oder die Partnerin die Kinder adoptieren.

Ich bin der Meinung und werde mich im neuen Bundestag dafür einsetzen, dass der Familienbegriff mit allen rechtlichen Konsequenzen heute ausgeweitet werden muss auf heterosexuelle Lebensgemeinschaften ohne Trauschein, auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften (auch für Transsexuelle), in denen Kindern leben und die gemeinsame Verantwortung für die Kinder tragen.

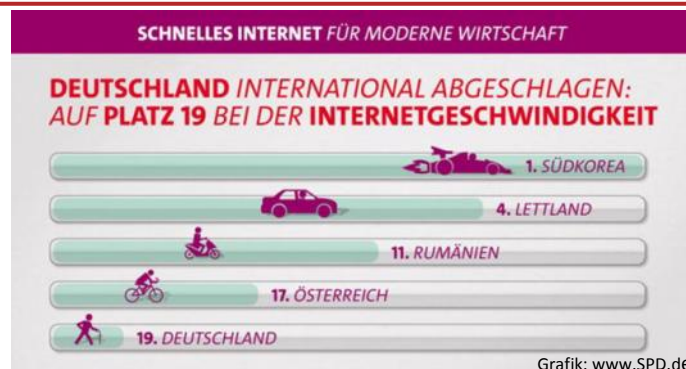
Schnelles Internet für alle Chancengleichheit & Lebensqualität in Randlagen

Auch die ländlichen, kleinen Ortschaften müssen umgehend mit einem Breitbandanschluss versorgt werden.

Die schnelle flächendeckende Internetversorgung ist ein Beitrag zur Chancengleichheit und für gleiche Lebensqualität im 21. Jahrhundert. Die Zentren sind in der Regel mit Breitbandanschlüssen versorgt, weil die Häufung der Anschlüsse für die privaten Netzbetreiber profitabel ist. Nicht so in den abseits gelegenen Ortschaften. Für dortige Einwohner rechnet sich die

Verlegung der Breitbandleitungen für die privaten Netzbetreiber nicht.

Heute ist das schnelle Internet eine notwendige Infrastruktur, um wettbewerbsfähig zu sein. Kleine und mittelständische Unternehmen können ohne diese Anbindung nicht im harten Wettbewerb mithalten. Kleine und große Dienstleister, Versicherungsagenturen, Berater etc., die vor Ort im Kundenkontakt stehen und ortsnahe Arbeitsplätze anbieten, haben Probleme ohne einen Breitband-



anschluss ihr Geschäft zu führen. Sie müssen sich oftmals einen anderen Standort wählen. Gerade in meinem Wahlkreis gibt es viele abgekoppelte Regionen. Er ist überwiegend ländlich strukturiert und darauf sind wir auch stolz.

Deshalb begrüße ich die Initiative unseres Spitzenkandidaten Peer Steinbrück und seines Kompetenzteams über **rentierliche Bürgerfonds** gerade diese Gebiete schnellstmöglich mit einer Breitbandversorgung auszustatten.

Totale Überwachung der Deutschen durch die Amerikaner unter Mithilfe des BND und Duldung durch die amtierende Regierung

PRISM ist ein seit 2005 existierendes und als absolut geheim eingestuftes Programm zur Überwachung und Auswertung von elektronisch gespeicherten Daten. Es wird von der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) geführt und hat mindestens vier weitere Teilprogramme.

Nach amerikanischen und britischen Presseberichten versorgen neun große Internetkonzerne den Geheimdienst mit ihren gespeicherten Daten aus der ganzen Welt, also auch mit den Daten der Deutschen - von Privatpersonen, Betrieben, Politikern und Regierungsstellen.

Dank Edward Snowden kam die illegale Überwachung, genauer muss es heißen die umfassende Spionagetätigkeit, ans Tageslicht. Die Bundesregierung und der Bundesnachrichtendienst (BND) jedoch stellen sich unwissend, obwohl beide über Jahre mit den Amerikanern geheimdienstlich zusammen gearbeitet haben und auch weiterhin arbeiten, und man muss heute vermuten, auch ausspioniert wurden.

Der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) fragte bei den Amerikanern in devoter, unterwürfiger Haltung nach dem Umfang der Ausspähung nach. Die Bun-

deskanzlerin äußerte auf der letzten Bundespressekonferenz vor der Sommerpause in der vergangenen Woche, dass sie dazu nichts sagen könne, aber man bemühe sich um Aufklärung. Sie verhält sich wie die drei Affen: Nichts sagen, nichts hören, nichts sehen. Sie kuscht vor dem amerikanischen Präsidenten und vertritt nicht die deutsche Bevölkerung entsprechend ihres Amtseides. **Mit dieser Einstellung missachtet die Kanzlerin die geschützten Rechte der Bevölkerung.** Diese Spionagetätigkeit verletzt die Würde großer Teile der Deutschen. Es wird gegen die deutsche Ge-

sellschaft spioniert. Die Aufgabe der Bundeskanzlerin ist es, die Grundrechte für die deutschen Bürger zu bewahren, zu schützen und nicht, wie es derzeit den Anschein hat, wissentlich verletzen zu lassen.

In den USA klagten die ersten Bürgerrechtler gegen den US-Geheimdienst NSA, der die in der Verfassung festgeschriebenen Rechte verletzt. Die Jusos aus Cloppenburg haben Strafanzeige wegen Landesverrates gegen den NSA-Chef General Keith Brian Alexander, den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Gerhard Schindler und Kanzleramtsminister Ronald Pofalla bei der Polizei gestellt. Ich bin mir sicher, dass diese Anzeige nicht die einzige ist oder bleiben wird.

Deutsches Recht und europäisches Recht müssen die Grundlagen für den Datenschutz im Internet werden und international gelten. Das ist mein Bestreben, für das ich mich im Bundestag einsetzen werde.



Nur zur Erinnerung, Frau Merkel:

»Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.«

ARTIKEL 12 DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE
RESOLUTION 217 A (III) DER GENERALVERSAMMLUNG DER UN VOM 10. DEZEMBER 1948



Mein Bundestagswahlkampf 2013 - für eine sozialgerechte Politik nach dem 22. September 2013

Der Wahlkampf zur Ablösung der Schwarz-Gelben Regierung hat schon vor längerer Zeit begonnen - wir kommen jetzt in die „heiße Phase“.

Vertrauen gewinnen

Es sollen unsere Unterstützer motiviert und besonders aktiviert werden. Wir wissen, dass viele Menschen von der Politik enttäuscht sind. Uns geht es deshalb unter anderem darum, auch bei den Enttäuschten das Vertrauen wieder zu gewinnen. Ich verspreche ihnen, ich werde mich mit all meiner Kraft für die Umsetzung der Ziele, die mir am Herzen liegen, so wie bisher und darüber hinaus in den anstehenden vier Jahren einsetzen. Wir werden in diesen Wahlkampf vor allem auf eine persönliche Ansprache setzen.

Ziele erreichen

In einer gemeinsamen Zeitung werden sich z.B. die Ortsvereine mit eigenen Themen und Bildern darstellen können. In dem Wahlprogramm der SPD sind die Ziele formuliert, die wir in den vor uns liegenden vier Jahren umsetzen wollen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben auf einem Konvent und über das Internet an diesen Themen mitgearbeitet. Das wollen wir umsetzen mit unserem Wunschpartner, DIE GRÜNEN.



Wahlkampf via Internet

Wir werden auch verstärkt das Internet mit den unterschiedlichen Foren als Werbemittel einsetzen, um auch die junge Generation von unseren Inhalten zu überzeugen und sie zur Stimmabgabe zu motivieren.

Bitte um Unterstützung

Um unser Ziel, den Politikwechsel, zu erreichen, benötigen wir sowohl viele helfende Hände als auch finanzielle Mittel für den Druck der Materialien.

Bitte unterstützt uns durch aktive Teilnahme an den Informationsständen und/oder durch eine Geldspende.

Aufstellung der voraussichtlichen Wahlkampfkosten

| | | |
|---|------------|----------------|
| geplante Ausgaben | ca. | 24.500 € |
| diese werden aufgebracht durch: | | |
| SPD-Unterbezirk Vechta | | 2.500 € |
| SPD-Unterbezirk Cloppenburg | | 2.500 € |
| SPD-Ortsvereine | ca. | 3.000 € |
| Rückerstattungen durch den Parteivorstand (für gezahlte MdB-Beiträge) | | 7.000 € |
| aus meinen persönlichen Mitteln | mind. | 7.000 € |
| bisher ungedeckte Ausgaben | ca. | 2.500 € |

Wie aus dieser Aufstellung ersichtlich ist, werden die Kosten für den Wahlkampf durch die Unterbezirke und Ortsvereine sowie durch einen privaten Beitrag von mir finanziert. Diese Mittel werden sehr sparsam von uns eingesetzt werden. Aber es bleibt leider noch ein offener Restbetrag übrig, um sämtliche anfallenden Kosten abzudecken.

Ich vertraue deshalb auch auf Spenden - jeder Cent ist willkommen. Von jeder Spende erstattet das Finanzamt die Hälfte im nächsten Jahr bei der Steuererklärung.

Jede Spende hilft und für jeden Cent bin ich dankbar.

Um unser Ziel, den Politikwechsel, zu erreichen, benötigen wir sowohl viele helfende Hände als auch Geld, zum Beispiel für den Druck der Materialien.

Bitte unterstützt uns durch aktive Teilnahme an den Informationsständen, als auch durch eine Geldspende für die Bundestagswahl am 22. September 2013.

Empfänger: SPD UB Cloppenburg

Kto.-Nr. 90768300

BLZ : 28050100

(Landessparkasse zu Oldenburg)

Verwendungszweck: Bundestagswahlkampf 2013

Für jede Spende wird eine Spendenquittung für das Finanzamt ausgestellt.



Impressum

Büro Gabriele Groneberg, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
gabriele.groneberg@bundestag.de | www.gabriele-groneberg.de

Redaktion

Wilhelm Bohnstengel, Kornelia Urban, Janna Völker